

SESSIONSBRIEF HERBST 2021

Schnelle Freigabe des Erweiterungsbeitrags

21.050 Bundesbeschluss zur Anpassung der Bundesbeschlüsse über den zweiten Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten (Freigabe der Rahmenkredite Kohäsion und Migration) Ständerat, 30. September 2021

Die Annahme der Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» im Februar 2014 zeitigte rasch Konsequenzen. Einige Wochen später schloss die Europäische Kommission die Schweiz vom Mobilitätsprogramm für den Hochschulbereich «Erasmus» aus und drohte, schweizerische Wissenschaftler von den europäischen Einrichtungen auszuklammern.

Im Mai 2021 erklärte der Bundesrat die Gespräche mit der Europäischen Union (EU) über den Rahmenvertrag für beendet. Im Juni machten sich bereits die ersten Folgen bemerkbar. Die Europäische Kommission entzog der Medizintechnikbranche (MedTech) den Zugang zum Binnenmarkt der EU.

Heute gilt die Schweiz als «nicht assoziiertes Drittland» in drei grossen europäischen Kooperationsprogrammen für Forschung (Horizont Europa), Bildung (Erasmus+) und Kultur (Kreatives Europa). Drei Bereiche, die von den europäischen Vergeltungsmassnahmen stark betroffen sind – ganz zu schweigen von den vielen anderen, weniger sichtbaren und in den Medien seltener behandelten Folgen, mit denen in der

Schweiz ansässige Exportunternehmen tagtäglich konfrontiert werden.

Schwindender Stellenwert Europas, nicht antizipierte Folgen und Konsteration angesichts der Auswirkungen: Das Szenario wiederholt sich. Es ist besorgniserregend, weil diese Entwicklungen ein schlechtes Omen für den Schweizer Markt sind – obschon es ja keine weiteren Belege braucht für die Bedeutung der Europäischen Union. Gleiches gilt auch für die Bedeutung der Stabilität der langfristigen bilateralen Beziehungen.

Auch wenn der zweite Erweiterungsbeitrag der Schweiz an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten nicht die definitive Lösung darstellt, so ist er doch unabdingbar, um neue Spannungen in den Beziehungen zwischen der Schweiz und ihrem grossen Nachbarn zu vermeiden. Es muss ein Schritt in Richtung einer Wiederaufnahme des Gesprächsfadens, einer Normalisierung der bilateralen Beziehungen und einer Verbesserung der Vorhersehbarkeit des wirtschaftlichen Umfelds unternommen werden.

Neben zahlreichen wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen oder politischen Akteuren fordert auch das Groupement des Entreprises Multinationales (GEM) das Parlament dringend auf, den zweiten Kohäsionsbeitrag zügig zu genehmigen. Die Schweiz muss den von ihr gemachten Zusagen nachkommen, wenn sie weiter eine Gesprächspartnerin bleiben will, der man vertraut.

MedTech-Sektor und Maschinenbaubranche kurzfristig bedroht

Da das Abkommen über die gegenseitige Anerkennung (MRA) zwischen der Schweiz und der EU nicht aktualisiert wurde, gilt die Schweiz seit dem 26. Mai 2021 als Drittland, was Medizinprodukte betrifft. Sie hat diesbezüglich den freien Zugang zum europäischen Binnenmarkt verloren. Die Folge: Die schweizerischen Unternehmen müssen sich den strengeren Anforderungen für den Export ihrer Medizinprodukte in die EU beugen.

Diese Nachricht hat eine Branche erschüttert, die bereits mit enormen Herausforderungen konfrontiert ist, die sich aus der Covid-19-Pandemie ergeben. Zu den schwierigen Produktivitäts-, Organisations- oder auch Logistikproblemen kommt nun die Notwendigkeit, einen Bevollmächtigten im Gebiet der EU zu ernennen, der die Aufgaben des Herstellers in dessen Namen übernimmt, einschliesslich der Produkthaftung sowie der entsprechenden Umetikettierung der Produkte.

Dies ist natürlich mit Kosten verbunden. Laut Swiss Medtech, dem Verband der Schweizer Medizintechnik, werden die Verwaltungskosten, die durch die Einhaltung der von Drittstaaten zu erfüllenden Anforderungen entstehen, in einer ersten Phase auf 114 Mio. CHF und auf jeweils 75 Mio. CHF in den Folgejahren geschätzt. Dies entspricht 2% resp. 1,4% des Volumens (5,2 Mrd. CHF) der Exporte von der Schweiz in die EU.

Dabei geht es auch um die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Die mit dem Status eines Drittlandes verbundene

Bürokratie gefährdet ernsthaft die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz.

Wenn der Medizintechniksektor so rasch vom europäischen Binnenmarkt ausgeschlossen und mit neuen Regulierungen konfrontiert wurde, ist zu befürchten, dass es in naher Zukunft auch weitere Branchen – wie etwa den Maschinenbausektor – treffen wird.

Welches sind die Konsequenzen für die multinationalen Firmen und Mitglieder des GEM?

Die multinationalen Mitglieder des GEM stellen sich zahlreiche Fragen hinsichtlich der Folgen des Verhandlungsabbruchs. Es braucht zu den folgenden Themen dringend präzise und pragmatische Antworten. Die untenstehenden Fragen haben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Handelshemmnisse: Was steht für Unternehmen auf dem Spiel, die eine breite Palette an Produkten aus der

Schweiz exportieren, welche eine ständige Anpassung der Normen und Zertifizierungsprozesse erfordern?

CE-Zertifizierung: Können in der Schweiz niedergelassene Zertifizierungsfirmen weiterhin von der Schweiz aus operieren? Werden sie gezwungen sein, ihre CE-Zertifizierungsaktivitäten in die EU zu verlagern?

Personenfreizügigkeit: Welche Garantien sollen mittel- und langfristig für den Zugang von EU-Arbeitnehmern, Grenzgängern zum Schweizer Markt gegeben werden und was ist mit den Sozialversicherungs- und Rentenabkommen?

Datenschutz und Datenverkehr: Welche Schwierigkeiten ergeben sich für Unternehmen mit Sitz in der Schweiz im Falle einer Nichtanerkennung der Gleichwertigkeit des Schweizer Datenschutzrechts durch die EU? Werden diejenigen, die bereits

freiwillig die EU-Vorschriften einhalten, ihre Anerkennung behalten?

Anerkennung der Gleichwertigkeit der Schweizer Börse: Inwieweit ist die Existenz der Schweizer Börse mittel- und langfristig gefährdet? Welche Folgen ergeben sich für den Zugang zu den Märkten und zur Fremdfinanzierung von Unternehmen?

Zugang zu den öffentlichen Märkten in Europa: Der Zugang zu den öffentlichen Märkten in Europa ist so lange gewährleistet, wie die bilateralen Abkommen gelten. Welche Folgen hätte ein Verlassen des bilateralen Wegs?

Geänderte Zollverfahren: Der Massnahmenplan der EU-Zollunion zielt darauf ab, die Zollkontrollen zu verstärken. Wie hoch ist das Risiko, dass Schweizer Unternehmen gegenüber Unternehmen mit Sitz in EU diskriminiert werden?



Groupement des Entreprises Multinationales
98 rue de Saint-Jean - CP 5278 - 1211 Genève 11
T +41 58 715 32 99 - info@gemonline.ch
www.gemonline.ch

Der GEM

Der Zusammenschluss multinationaler Unternehmen (Groupement des Entreprises Multinationales - GEM) vertritt und verteidigt die gemeinsamen Interessen seiner Mitglieder gegenüber den Behörden und der Öffentlichkeit. Bei seinen über 90 Mitgliedern handelt es sich um multinationale schweizerische und ausländische Unternehmen jeder Grösse, die über einen Geschäftssitz in der Westschweiz verfügen. Der GEM repräsentiert 35'000 Arbeitsplätze in der Region.